Die europäischen Parteienzusammenschlüsse*

RUDOLF HRBEK

Auch zu Beginn des zweiten Jahrzehnts ihrer Existenz stehen die europäischen Parteiföderationen vor der Aufgabe, übereinstimmende Auffassungen zu entwickeln und auf dieser Grundlage gemeinsam zu handeln. Angesichts vielfach divergierender Ausgangspunkte ist das eine überaus schwierige Aufgabe, oft dauert es Jahre, bis zu bestimmten Themen gemeinsam akzeptierte Aussagen erfolgen. Daß die nationalen Mitgliedsparteien ihre jeweiligen Parteiföderationen als einen Rahmen akzeptieren, innerhalb dessen sie ihre Auffassungen austauschen sowie um Konsens ringen und daß die Mitgliederzahl wächst, kann als Fortschreiten des Integrationsprozesses im Bereich dieser politischen Akteure gewertet werden. Das Geschehen in den Parteiföderationen spiegelt die Vorzeichen des EG-Integrationsprozesses.

Ein für alle Parteiföderationen wichtiger Vorgang war 1986 das Urteil des Europäischen Gerichtshofs, wonach die Verwendung von Geldern des Europäischen Parlaments, die den politischen Fraktionen und den Abgeordneten bewilligt worden waren, durch die Parteibünde als nicht rechtmäßig erklärt wurde. Das Urteil des EuGH verlangt zwar keine Rückzahlung durch die Parteiföderationen, sperrt ihnen aber für die Zukunft Finanzquellen, die für die Durchführung von Aktivitäten notwendig waren. Für die Parteiföderationen stellt sich die Frage, wie sie mit den Konsequenzen dieses Urteils fertig werden sollen. Die intensive Diskussion darüber bestätigt, wie überaus bedeutsam diese Finanzmittel für die Aktivitäten der Parteiföderationen waren. Die Folgen des Urteils werden erst in ein bis zwei Jahren sichtbar werden.

Europäische Liberale Demokraten und Reformer (ELDR)

Mit der 1986 erfolgten Aufnahme der portugiesischen Partido Social-Democrata (P. S. D.) und der spanischen Partido Reformista Democratico (P. R. D.) als Vollmitglieder und der Ergänzung des Namens der liberalen Parteiföderation um „reformerisch/reformistisch" nahm die ELDR zahlenmäßig zu: die Zahl der Kongreß-Delegierten stieg von 251 auf 292 und die der Mitglieder des Exekutiv-Komitees von 38 auf 43. Die Zahl der Vizepräsidenten wurde von zwei auf drei erhöht, um eine Vertretung der neuen Parteien an der Spitze der Parteiföderat-

* In diesem Jahr wird die Arbeit der Europäischen Demokratischen Union (EDU) nicht behandelt; im nächsten Jahrbuch wird die Berichterstattung dann für zwei Jahre erfolgen.

ion zu ermöglichen. Es dauerte allerdings bis zum Dezember 1986, bis der Generalsekretär der P. S. D., Manuel Diaz Loureiro, dritter Vizepräsident wurde.

Der Jahreskongreß 1986 fand vom 10. bis 11. April in Catania zu dem Thema „Individuum und Staat im Verhältnis zu Wirtschaftsunternehmen und neuen Industrien" statt. Im Vergleich zum Kongreß 1985 in Groningen, wo bei den Diskussionen um liberales Selbstverständnis die unterschiedlichen Standpunkte aufeinandergeprallt waren und die europäischen Liberalen vor einer Zerreißprobe standen, präsentierten sich die Liberalen diesmal politisch geschlossener. Nach den Erfahrungen des Vorjahres war die politische Resolution sorgfältig vorbereitet worden, der vom Generalsekretariat präsentierte Text verursachte keinerlei Turbulenzen und erwies sich als konsensfähig. Dem eindeutigen Bekenntnis zur sozialen Marktwirtschaft schlossen sich auch die britischen Liberalen an, die sich 1983 in München noch für stärkere Staatsinterventionen ausgesprochen hatten. In der Industriepolitik wird allerdings dem Staat eine wesentliche Funktion zugeschrieben. Die liberale Handschrift zeigt sich in der Kritik an zu hoher Steuerlast in vielen EG-Mitgliedstaaten sowie in der nachdrücklichen Unterstützung des Ziels, bis 1992 den EG-Binnenmarkt zu vollenden.

Diskutiert wurden auch Fragen des Agrarsektors und der EG-Landwirtschaftspolitik. Zu diesem Themenbereich gelang es aber nicht, eine gemeinsame Stellungnahme zu verabschieden. So wurde das Thema an eine besondere Arbeitsgruppe überwiesen, die sich mit den zahlreichen Vorschlägen befassen und nach ausführlicher Beratung einen Textentwurf vorlegen soll, über den dann 1987 abschließend befunden werden wird. Daß sich die französische Mitgliedspartei nicht an den Arbeiten dieser Gruppe beteiligt, deutet darauf hin, daß ein Konsens keineswegs sicher ist.

In einer Resolution zur Einheitlichen Europäischen Akte erweisen sich die Liberalen erneut als entschlossene Befürworter substantiellen Integrationsfortschritts. Sie kritisieren, daß die von den Regierungen der Mitgliedstaaten beschlossenen Änderungen und Ergänzungen der Verträge unzureichend seien, dem Ziel der Europäischen Union wirklich näherzukommen. Im einzelnen monieren sie, daß für Außen-, Sicherheits- und Währungspolitik nach wie vor nur intergouvernementale Zusammenarbeit vorgesehen ist und dem Europäischen Parlament immer noch keine vermehrten Befugnisse für Gesetzgebung und Haushaltsgestaltung übertragen wurden. Zum Thema des internationalen Terrorismus, das bereits auf dem Kongreß in Groningen 1985 debattiert worden war, ohne daß über Gegenmaßnahmen Konsens erzielt werden konnte, wurde auch in Catania nur eine kurze Resolution verabschiedet, die Terroraktionen verurteilt.

Das Exekutivkomitee tagte 1986 viermal, außerdem einmal im Zusammenhang mit dem Kongreß. Das Gremium begleitet die Beratungen der verschiedenen Arbeitsgruppen und diskutiert aktuelle politische Themen, daneben interne Probleme der Parteiföderation. 1986 galt ein großer Teil der diesbezüglichen Aufmerksamkeit der finanziellen Basis, wie sie sich nach dem Urteil des EuGH darstellte. Eine unmittelbare Konsequenz war, daß 1986 keine themenbezogenen

Seminare durchgeführt werden konnten. Mit Ausnahme der französischen Seite ist die Beteiligung der Mitgliedsparteien an der Arbeit des Exekutivkomitees gut. Die regelmäßige Mitwirkung der französischen Politikerin Simone Veil in ihrer Eigenschaft als Vorsitzende der Liberalen Fraktion des Europäischen Parlaments gleicht dies aber etwas aus.

Die Arbeitsgruppe Landwirtschaft tagte besonders intensiv, um die vom Kongreß in Catania in Auftrag gegebene Vorlage bis 1987 fertigstellen zu können. Der Wahlkampf-Ausschuß erhielt mit dem belgischen Politiker Jan Gol einen neuen Vorsitzenden, tagte aber nicht. Neu eingesetzt wurde ein Programm-Ausschuß unter dem Niederländer Florus Wijsenbeek als Vorsitzenden. Dieses Gremium soll zu den nächsten Direktwahlen des Europäischen Parlaments im Jahre 1989 ein Programm ausarbeiten, mit dem alle Mitgliedsparteien ihren Wahlkampf bestreiten können. Um dies zu gewährleisten, wurde dem Ausschuß als Richtlinie gegeben, sich auf ein kurzes Programm von nicht mehr als 10–12 Punkten zu liberalen Kernaussagen zu beschränken. Das vorherige Programm war viel umfangreicher gewesen und auch aus diesem Grund von den Mitgliedsparteien nicht zur Basis ihrer Wahlkampfführung gemacht worden.

Am 3. November 1986 fand in Hamburg das Treffen der Parteivorsitzenden statt, dem für die Arbeit der Parteiföderationen erhebliche Bedeutung zukommt. Mit Ausnahme der französischen Mitgliedsparteien war die Beteiligung sehr gut und prominent. Auf Initiative des Italieners Spadolini wurden Fragen der Sicherheitspolitik erörtert. Abgesehen von Nuancen, insbesondere zwischen ihm und Genscher, wurde weitestgehende Einigung erzielt. Zu Fragen des Terrorismus wurde eine Arbeitsgruppe neu eingesetzt.

Hauptthema dieses Gipfeltreffens waren Fragen der Kulturpolitik, insbesondere audiovisuelle Medien. Die liberalen Parteiführer sprachen sich hier für mehr Kooperation aus. Angestrebt wird die Entwicklung einer gemeinschaftlichen europäischen Unterhaltungsindustrie. Die Bundesrepublik wurde wegen ihrer Haltung gegenüber dem Programm Erasmus scharf kritisiert. Die Diskussion über Fragen der Kulturpolitik im EG-Rahmen soll fortgesetzt werden mit dem Ziel, hierzu auf dem nächsten Kongreß im Frühjahr 1987 in Lissabon eine Resolution zu verabschieden.

Die Verbindung der Parteiföderation zur Fraktion im Europäischen Parlament ist eng und wird durch die regelmäßige Präsenz der Generalsekretärin bei Sitzungen der Fraktion und der Fraktionsvorsitzenden in den ELDR-Gremien gewährleistet. Eine stärkere Einwirkung der Parteiföderation auf die Arbeit der nationalen Mitgliedsparteien wird viel vom neuen Programm zu den nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 1989 abhängen. Ein neues Emblem gaben sich die europäischen Liberalen bereits 1986: ein geschlungener Baum, dessen Schlingen die Farben gelb und blau haben und der Stärke repräsentieren soll.

Bund der Sozialdemokratischen Parteien der EG

Mit dem Beschluß des Führungsorgans der griechischen PASOK im Dezember

1986, die Mitgliedschaft in der Sozialistischen Internationale und im Bund zu beantragen, zeichnete sich eine mehr als überfällige Abrundung in der Zusammensetzung des Bundes ab. Nachdem die PASOK bis dahin bewußt außerhalb transnationaler Gruppierungen geblieben war und sich lediglich der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament angeschlossen hatte, bedeutet der Ende 1986 gefaßte Beschluß einen Kurswechsel, der zweifellos Ausdruck positiver Erfahrungen mit der in der EP-Fraktion praktizierten Zusammenarbeit mit anderen Parteien des demokratischen Sozialismus ist. An eine Mitgliedschaft der britischen Social Democratic Party im Bund ist demgegenüber nicht zu denken, da die Konfrontation zur Labour Party unverändert andauert.

Ohne Mitglieder des Bundes zu sein, beteiligten sich auch 1986 Parteien aus Nicht-EG-Staaten an den Arbeiten des Bundes, teils mit dem offiziellen Status eines Beobachters. Als bemerkenswert wird in diesem Zusammenhang das relativ starke Engagement der Sozialistischen Partei Österreichs, aber auch der schwedischen und schweizerischen Sozialisten registriert. Dieses Engagement trifft sich mit dem Bestreben der neuen österreichischen Koalitionsregierung, die Beziehungen zur EG zu intensivieren. In deutlichem Kontrast zu diesem Engagement steht die Distanz der finnischen Sozialisten dem Bund gegenüber.

1986 fand kein Kongreß statt, und daher gab es bis auf den Spanier Marin, der als neues Mitglied der EG-Kommission sein Amt als einer der Vizepräsidenten des Bundes zur Verfügung stellte, keine Veränderungen. Über einen Nachfolger soll erst 1987 entschieden werden.

Der Schwerpunkt der Aktivitäten lag in den Sitzungen des Büros und der speziellen Arbeitsgruppen/Kommissionen. Bürositzungen fanden viermal, im März, Juni, Oktober und Dezember, jeweils in Brüssel statt. Sozialistische Mitglieder der EG-Kommission, wie die Politiker Cheysson, Delors und Clinton Davis, nahmen an etlichen dieser Sitzungen teil. Das zeigt den Versuch, die Mitglieder der EG-Kommission, die sozialistischen Parteien angehören, an den Arbeiten des Bundes zu beteiligen und ihren Sachverstand zu nutzen.

Gleiches gilt für die Beziehungen zwischen dem Bund und der Sozialistischen Fraktion des Europäischen Parlaments. Der Fraktionsvorsitzende Arndt nahm regelmäßig an den Arbeiten des Büros teil und trug damit zu den engen Kooperationsbeziehungen der beiden Gruppierungen bei. Die Beziehungen zum Europäischen Gewerkschaftsbund sind demgegenüber nach wie vor nur schwach ausgebildet. EGB-Repräsentanten nehmen lediglich an den Arbeiten der Kommission für Wanderarbeitnehmer teil.

Auf den Bürositzungen wurde jeweils über die Arbeit der Sozialistischen EP-Fraktion berichtet. Weitere Tagesordnungspunkte waren Berichte über die verschiedenen Arbeitsgruppen und Kommissionen (Kultur, Wirtschaftspolitik, Wanderarbeitnehmer, Umweltschutz) und den Stand der Umsetzung der Einheitlichen Europäischen Akte. Einzelne Beratungspunkte betrafen Südafrika, den Terrorismus, Nicaragua und Fragen der Energie- und Umweltpolitik nach der Katastrophe von Tschernobyl. Wiederholt wurde über interne und organisa-

torische Fragen beraten. Dabei stand das Urteil des EuGH über die Verwendung von Mitteln des Europäischen Parlaments für die transnationalen Parteiföderationen im Vordergrund.

Besondere Aufmerksamkeit konnte 1986 die Arbeit der Kommission Umweltschutz unter dem Vorsitz des Deutschen Volker Hauff erwarten. Die Anfang Juni 1986 verabschiedete Erklärung zum Unglück von Tschernobyl zeigte die große Bandbreite der zur Verwendung von Kernenergie in den Mitgliedsparteien vertretenen Auffassungen. Ausdrücklich werden in den Erklärungen Unterschiede in der Beurteilung der Brütertechnologie genannt. Es wird kein Ausstieg aus der Kernenergie mit einem festen Zeitplan gefordert, sondern in eher vorsichtiger Form gesagt, daß Kernenergie nur für eine Übergangszeit verantwortbar sei, Energie eingespart und nach neuen, alternativen Quellen gesucht werden müsse, der Anteil der Kernenergie an der Energieversorgung reduziert werden sollte und bestehende Atomkraftwerke strengen Sicherheitsüberprüfungen unterzogen werden müssen. Neue Baugenehmigungen für Kernkraftwerke werden abgelehnt.

Auf die Initiative einzelner Politiker geht der Plan zurück, die Kooperation von Zeitschriften, die sich mit theoretischen Fragen des Sozialismus befassen, zu verstärken, hierfür einen gemeinsamen organisatorischen Rahmen zu schaffen und nicht zuletzt eine entsprechende internationale Konferenz durchzuführen. Zu diesem Zweck wurde über die Errichtung einer „Europäischen Stiftung" beraten, die zwar de facto eingesetzt wurde, aber weder über einen eigenen Etat noch über Rechtsförmlichkeit verfügt. Das Projekt ist nicht unumstritten, da die Kommunistische Partei Italiens beteiligt sein soll, was den Widerstand der italienischen Sozialisten zur Folge hat, und erklärt, daß es sich um eine Initiative von Personen und nicht von Parteien handelt. Neben der Mitwirkung der italienischen Kommunisten geht es um die der britischen Social Democratic Party, was den Widerspruch der britischen Labour Party provozieren muß. Letztlich geht es bei dem Projekt um Möglichkeiten und Grenzen der Etablierung und des Wirkens einer ‚Euro-Linken', die neben Parteien des demokratischen Sozialismus auch eurokommunistische Parteien sowie andere Links-Parteien und -Gruppen umschließen würde.

Im Unterschied zu früheren Jahren ist die Diskussion von Fragen militärischer Sicherheit kein Tabu mehr. Einzelne Parteien – die britische und die irische Labour Party, die dänischen Sozialdemokraten und die französischen Sozialisten – hatten sich lange gegen die Behandlung dieser Thematik gewandt. 1986 kam es zu einer intensiven Diskussion über Fragen der Abrüstung, einschließlich der chemischen Waffen. Für den Kongreß des Jahres 1987 wurde eine gemeinsame Erklärung vorbereitet. Dabei kamen drei unterschiedliche Auffassungen zum Ausdruck: die Befürwortung der nationalen Verfügungsgewalt (französische force de frappe), das Plädoyer für eine Reduzierung amerikanischer Atomwaffen in Europa und die Forderung nach atomwaffenfreien Zonen. Die Rolle von Atomwaffen wird weiterhin unterschiedlich bewertet, obwohl es scheint, als exi-

stiere für eine Minimalabschreckung durch Atomwaffen Übereinstimmung. Unverkennbar war eine Verunsicherung nach dem Gipfel zwischen Reagan und Gorbatschow in Reykjavik als Folge der dort formulierten überaus ehrgeizigen Ziele. Für manche Parteienvertreter stellte sich nach diesem Gipfel die Frage, ob die Sicherheit Europas auch künftig mit der der USA verkoppelt bleiben oder ob es zu einem US-Isolationismus kommen würde. Trotz der unverkennbaren Gegensätze wird als bemerkenswert hervorgehoben, daß Fragen der militärischen Sicherheit nunmehr gleichsam gewohnheitsmäßig im Rahmen des Bundes diskutiert werden.

Solche Diskussionen finden auch in anderem Rahmen statt. Da gibt es zum einen die Gruppierung ‚Skandilux'. Hier treffen sich die Parteien der skandinavischen NATO-Staaten Dänemark und Norwegen sowie der drei Benelux-Staaten. Als Beobachter kommen Vertreter der britischen Labour Party, der französischen Sozialisten und der SPD hinzu. Zusätzlich existiert seit kurzem als weitere Gruppierung ‚Eurosud', bestehend aus Vertretern sozialistischer Parteien aus NATO-Staaten des Mittelmeerraums (Frankreich, Italien, Portugal und Spanien). Diese Gruppe wurde auf französische Initiative gebildet, weil die französische Position im Rahmen von Skandilux isoliert war. Schließlich gibt es, als übergreifende Organisation, ein Treffen der sozialistischen Parteien der europäischen Mitgliedsländer des Atlantischen Bündnisses, an dem auch PASOK-Vertreter teilnahmen. Die Bedeutung all dieser Gesprächsrunden, die durchweg hochrangig besetzt sind, liegt in der Bereitschaft der Parteien des demokratischen Sozialismus, im Rahmen transnationaler Parteienkooperation politische Fragen von höchster Bedeutung zu beraten.

Die Europäische Volkspartei (EVP) und die Europäische Union Christlicher Demokraten (EUCD)

Die Aktivitäten christlich-demokratischer Parteien im weiteren Rahmen der EUCD (mit 21 Mitgliedsparteien aus 19 Ländern) und im engeren EVP-Rahmen (mit 14 Mitgliedsparteien aus 10 EG-Mitgliedstaaten; in Dänemark und Großbritannien gibt es keine EVP-Mitgliedsparteien) sind aufs engste miteinander verknüpft. Im Jahre 1986 wurde diese Verklammerung noch dadurch intensiviert, daß 4 Mitgliedsparteien der EUCD aus Portugal und Spanien nach dem Beitritt dieser Staaten in die EG auch in die EVP aufgenommen wurden. Es handelte sich um die portugiesische CDS, die baskische PNV, die katalanische UDC und die spanische PDP. Im Gefolge dieser Entwicklung wurde in EVP und EUCD die Frage einer Fusion beider Organisationen erörtert, wodurch die faktische Aktionsgemeinschaft auch nach außen hin deutlich zum Ausdruck gebracht würde. Diese Aktionsgemeinschaft erstreckt sich auf praktisch das gesamte Tätigkeitsspektrum beider Organisationen: ihre Politischen Büros tagen gemeinsam, Arbeitsgruppen und Kommissionen treten für beide gemeinsam zusammen und Konferenzen/Kolloquien werden für beide durchgeführt. Das Generalsekretariat ist bereits seit Jahren für beide Organisationen zuständig.

Die Kommission „Wirtschafts- und Sozialpolitik" tagte nur einmal. Hier läßt der Konsens zu wünschen übrig: im Unterschied zur EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, die recht homogen ist, gibt es innerhalb der transnationalen Parteienkooperation gewisse Unterschiede zwischen den deutschen und niederländischen Mitgliedsparteien einerseits, den Parteien der anderen Staaten der EG andererseits. Auch in der Kommission „Umweltschutz" muß erst noch ein Konsens gefunden werden. Während diese Thematik für die deutschen Parteien angesichts der Diskussion in der Bundesrepublik brisant und hochpolitisch ist, betrachten andere Parteien das Problem eher unter dem technischen Aspekt. Ein umweltpolitisches Seminar und ein gegen Jahresende veranstaltetes Kolloquium ist ein Zeichen für die Bereitschaft, sich im Rahmen der transnationalen Parteiorganisation mit der Thematik zu befassen und aufeinander zuzugehen.

Die Arbeitsgruppe „Europäische Union", die bis zur Unterzeichnung der Einheitlichen Europäischen Akte intensiv gearbeitet hatte, trat erst im September 1986 wieder zusammen. Die EVP-Mitgliedsparteien waren mit dem Ergebnis der EG-Reform nicht zufrieden; sie vermißten in der EEA wirklichen Integrationsfortschritt in Richtung und auf das Ziel einer Europäischen Union. Die Einsetzung einer neuen Kommission „Rechtspolitik" mit einer konstituierenden Sitzung im Oktober 1986 steht im Zusammenhang mit der EEA. Die Initiatoren der neuen Kommission verstehen die EEA als Teil der Verfassungsdebatte und halten auf diesem Hintergrund die intensivere Kommunikation von Juristen für nötig und sinnvoll. Weiterhin kann eine solche Arbeitsgruppe dazu beitragen, daß sich auch Personen an der EVP-Arbeit beteiligen, die sonst mit Europapolitik nichts zu tun haben. Die Durchführung eines speziellen Kolloquiums zu Fragen des europäischen Rechts unterstützte diese Absicht.

Zwei Kolloquien über die Beziehung zwischen der EG und den USA bzw. Lateinamerika bezeichnen zwei weitere Schwerpunkte der EVP-/EUCD-Arbeit: die europäischen Regionalorganisationen der Christlich-Demokratischen Internationale (CDI) wollten damit die Beziehungen zu den entsprechenden Regionalorganisationen intensivieren. Besonders Lateinamerika stellt eine Priorität der europäischen Christlichen Demokraten dar, wie die Aktivität einer speziellen Kontaktgruppe zeigt, die 1986 insgesamt sechsmal zusammentraf. In dieser Gruppe sollen Informationen gesammelt und gebündelt sowie Reisen europäischer Politiker in die Region Lateinamerika vorbereitet und unterstützt werden.

Die Zusammenarbeit zwischen der CDI und den Euro-Organisationen EVP und EUCD wurde bislang durch den Umstand erschwert, daß das CDI-Generalsekretariat seinen Sitz in Rom hatte. Es wird angestrebt, beide Organisationen – CDI und EUCD/EVP – in Brüssel unter einem Dach zusammenzufassen.

Der Intensivierung der Zusammenarbeit der europäischen Christlichen Demokraten dient die Einsetzung einer weiteren neuen Arbeitsgruppe „Geistige Grundlagen christlich-demokratischer Politik". Nach der konstituierenden Sitzung 1985 fanden 1986 zwei Treffen statt, die sich mit Fragen des Wohlfahrtsstaates und der Entwicklungspolitik, sowie mit dem Problem der internationalen

Solidarität befaßt haben. Ziel ist es, die unterschiedlichen Quellen christlich-demokratischer Politik gegenseitig besser kennenzulernen und so das Verständnis der Parteien untereinander zu fördern. Weiteres Ziel dieser Bemühungen ist es, für die künftige Programmarbeit Grundlagen zu erarbeiten; es ist bezeichnend, daß der Impuls für die Einsetzung dieser speziellen Arbeitsgruppe im Verlauf der Arbeiten am Aktionsprogramm für die zweiten Direktwahlen 1984 gegeben wurde. Schließlich dienen diese Arbeiten auch der Gewinnung eines klaren Profils der Christlichen Demokraten zwischen Sozialisten und Liberalen, die in christlich-demokratischen Kreisen überwiegend als Liberal-Konservative eingeschätzt werden, von denen man sich abheben möchte. Es zeichnet sich auch ab, daß die parteinahen Stiftungen – also nicht nur die Konrad-Adenauer-Stiftung – über diese Diskussion stärker in die Arbeit der transnationalen Parteiföderationen eingebunden werden können.

Am 1. März 1986 fand das nun schon traditionelle Gipfeltreffen in Den Haag statt, auf dem alle christlich-demokratischen Parteiführer und Regierungschefs zusammenkommen sollen. Die Hauptfunktion dieser Gipfeltreffen liegt in der Motivation der Parteimitglieder, weniger in der direkten Unterstützung der Routine- und Alltagsarbeit. Die EVP soll so stärker bis in die einzelnen Mitgliedsparteien in den Nationalstaaten hineinwirken, die die EVP als transnationales EG-weites Dach nur selten wahrnehmen. Nur wenn die Kommunikation zwischen Euro-Partei und nationalen Mitgliedsparteien sich intensiviert, kann gewährleistet werden, daß die nationalen Partei-Eliten die EG-Dimension angemessen in Betracht ziehen und daß umgekehrt die Euro-Eliten die Nöte und Gegebenheiten der Ebene des Nationalstaates nicht aus dem Blick verlieren.

Auch 1986 wurde die EVP wieder als Rahmen für Begegnungen und intensive Beratungen christlich-demokratischer Fachminister und Fachpolitiker genutzt. Im Februar fand ein Treffen der christlich-demokratischen Agrarminister sowie weiterer Agrarpolitiker (die agrarpolitischen Sprecher der einzelnen Parteien, Mitglieder der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments und EG-Kommissar Andriessen) statt. Auch wenn es nicht zur Lösung der Sachprobleme kam, wurde der Dialog als nützlich und integrativ bewertet.

Der VI. Kongreß der EVP fand vom 10. bis 12. April in Den Haag statt. Der Kongreß verabschiedete mehrere Resolutionen. Die mit der Einheitlichen Europäischen Akte erreichte EG-Reform wird nur als ein kleiner, bescheidener Schritt zu einer Europäischen Union bezeichnet; es wird kritisiert, daß die Regierungen weit hinter den von der EVP geforderten Positionen zurückgeblieben seien. Die Delegierten forderten, in Einklang mit früheren Voten, die Abschaffung der Einstimmigkeitsregel im Rat sowie die Erhöhung der Eigenmittel der Gemeinschaft, nicht zuletzt auch eine substantielle Verstärkung der Rolle des Europäischen Parlaments. Der Kongreß sprach sich für den Aufbau eines „Europa-Fernsehens" aus und befürwortete eine finanzielle Starthilfe der Gemeinschaft. Weiterhin wurde eine „echte gemeinschaftliche Jugendpolitik" verlangt.

Probleme des wirtschaftlichen und des sozialen Strukturwandels, der innergemeinschaftlichen Entwicklungsunterschiede, der währungspolitischen Integration und der gemeinschaftlichen Technologiepolitik waren Anlaß für eine umfangreiche Resolution des Kongresses zu verschiedenen Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik, die auf der Linie der bisherigen Position der in der EVP zusammengeschlossenen Parteien lag. Weiterhin wird mehr Initiative seitens der Gemeinschaftsorgane auf dem Gebiet der Umwelt und Lebensqualität gefordert. Angesichts des grenzüberschreitenden Charakters dieser Probleme seien Gemeinschaftsmaßnahmen angebracht. Der Vorbeugung müsse besonderes Augenmerk geschenkt werden. Weiterhin befaßte sich der Kongreß mit Menschenrechtsfragen und verabschiedete eine „Menschenrechtserklärung der EVP", in der mit Hinweis auf christliche Normen und Werte der Schutz des Lebens und der Würde des Lebens – auch des ungeborenen – gefordert wurde. Es wurde auf die Notwendigkeit verwiesen, wirtschaftliche und soziale Grundlagen für ein menschenwürdiges Dasein zu schaffen. Zwei Resolutionen befaßten sich mit dem Kampf gegen den Drogenmißbrauch sowie der Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Schließlich wurde verlangt, daß sich die EVP intern mit Fragen und Problemen der Humangenetik befassen müsse und daß Bemühungen für die Einrichtung eines europäischen Ethik-Komitees für die Wissenschaften zu fördern seien.

Weiterführende Literatur

Buck, Karl: Die Regenbogenfraktion im Europäischen Parlament (Vorträge, Reden und Berichte aus dem Europa-Institut 67). Saarbrükken 1986.

Daalder, Hans u. Peter Mair (Hrsg.): Western European Party System. Continuity and Change. London 1983.

Kirchner, Emil (Hrsg.): Liberal Parties in Western Europe. Cambridge 1987.

Niedermayer, Oskar: Die Entwicklung der europäischen Parteienbünde, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 3/1984, S. 359–367.